

Willi Möger
Gemeindevertretung Mandelbachtal

Antrag zur Gemeindevertreterversammlung am 30. 09.2009 zum Verbot der NPD.

Die Gemeindevertretung Mandelbachtal beschließt:

1. Die Gemeindevertretung Mandelbachtal spricht sich für ein schnellst mögliches Verbot der NPD aus und bittet die Landesregierung,
 - sämtliche V-Leute innerhalb der Führungsgremien der NPD abzuschalten, um so den Weg für ein weiteres NPD-Verbotsverfahren zu bereiten,
 - mit den anderen Landesregierungen und der Bundesregierung Einvernehmen über die Einleitung eines weiteren NPD-Verbotsverfahren herzustellen und gemeinsam die Voraussetzungen dafür zu schaffen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Beschlussempfehlung an den Ministerpräsidenten des Landes Saarland weiterzuleiten.
3. Die Gemeindevertretung erwartet vom Bürgermeister, dass er alle Mittel ausschöpft, die Vermietung oder anderweitige Überlassung Gemeindeneigener Räume für die NPD oder anderer verfassungsfeindlicher Organisationen zu unterbinden.

Begründung:

Im Jahr 2003 scheiterte der gemeinsame Versuch von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, die NPD verbieten zu lassen. Wie allen bekannt, nahm das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Einstellung des Verbotsverfahrens allerdings nicht inhaltlich zu Position und Ausrichtung der NPD Stellung. Das Verbotsverfahren wurde gestoppt, weil zum damaligen Zeitpunkt zahlreiche V-Leute der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder in Führungsgremien der NPD saßen.

Seitdem wird über die Notwendigkeit eines weiteren Verbotsverfahren diskutiert. Der Berliner Innensenator Körting hat in einem Zeitungsinterview berichtet, dass die Verfassungsschutz Ämter in Berlin, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz ihre V-Leute abgeschaltet haben. Gleichzeitig forderte er die übrigen Länder auf, ihre V-Leute ebenfalls abzuschalten.

Die Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten haben im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht.

Ein NPD-Verbot kann nur ein Mittel von mehreren im Kampf gegen Rechtsextremismus sein.

Weitere Maßnahmen im Bereich der Bildungsarbeit, der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements, Prävention und Strafverfolgung müssen ebenfalls vorangetrieben werden." Die NPD wirkt in der ganzen BRD.

Mit ihrer Ausländerfeindlichen und rassistischen Hetze beleidigt die NPD ebenso „das kulturelle Erbe in unserem Gemeindegebiet"*. Wir erinnern z.B. an die Plakate während des Wahlkampfes 2009, aber auch an die Verhöhnung des Holocaust- Gedenktages durch die NPD-Aktion am 27. Januar 2009 in Mühlenbeck.